

Die GdP im Gespräch mit dem Sächsischen Innenminister



Jan Krumlovsky

Die Aufstellung des Doppelhaushaltes und das damit verbundene Ringen in der Gesetzgebung mit der Beschlussfassung ist regelmäßig ein Kraftakt sowohl für die Politik als auch für uns als Gewerkschaft.

Bereits im Sommer wurde bekannt, dass mit dem kommenden Doppelhaushalt (2023/2024) wahrscheinlich kein großer Wurf für die sächsische Polizei kommen wird. Und so wie es befürchtet wurde, kam es dann auch.

Die Berichte der Fachkommission schlagen dem Sächsischen Landtag eine Polizeistärke zwischen 15.184 und 16.014 Stellen vor. Aber eine Entscheidung zu einer Zielstärke in der sächsischen Polizei ist weiter offen.

So billigt man der sächsischen Polizei zu ihren 14.077 Stellen in den nächsten Jahren einen Personalaufbau (239 in 2023 und 266 in 2024) durch die Übernahme der fertigen Auszubildenden zu. Dafür liegen wir im Bereich des Ausbildungskorridors (500 im Jahr 2023 und 450 in 2024) weiter unter dem Notwendigen. Selbst im Investitionshaushalt

für die Liegenschaften der Polizei (zweistelliger Millionenbetrag pro Haushaltsjahr) oder beim Erhalt und Ausbau der digitalen Infrastruktur ist der Großteil dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Obwohl immer wieder gesagt wird, dass die sächsische Polizei „die am meisten belastete Polizei im Bundesgebiet ist“, scheint auf kurze Sicht keine Verbesserung möglich. Demnach ist es nicht weiter verwunderlich, dass uns als GdP die beschlossenen Zahlen im Haushaltsentwurf nicht vollumfänglich schmecken, denn alles in allem sind diese zu knapp bemessen.

Wer die Sicherheit in Sachsen steigern möchte und Sachsen zu einem der sichersten Bundesländer machen möchte, muss investieren – denn nach der Haushaltsgesetzgebung ist vor der Haushaltsaufstellung. ■

Nachgefragt – ein Interview mit Innenminister Armin Schuster

DP: Wie ist Ihre grundsätzliche Einschätzung bezüglich des Entwurfes zum Doppelhaushalt 2023/2024, insbesondere für die sächsische Polizei?

Armin Schuster: In erster Linie sehe ich das Ergebnis der Haushaltsaufstellung und der Haushaltsberatungen als Anerkennung und als Ansporn für unser Haus.

518 weitere, top ausgebildete Frauen und Männer werden die sächsische Polizei unterstützen – diesen Personalaufwuchs brauchen wir, besonders mit Blick auf die aktuelle Lage. Die überlagernden Krisen fordern uns massiv. Das hat der Landtag erkannt. Auch wenn wir mit dem Einstellungskorridor von 500 Polizeianwärterinnen und -anwärtern im Jahr 2023 und 450 in 2024 unsere Ziele nicht vollständig erreicht haben, wird der weitere Aufbau unserer Polizei kontinuierlich fortgesetzt.

Auch die drei neuen Polizeihubschrauber kommen definitiv und werden die veralteten und weniger leistungsfähigen Hubschrauber ersetzen. Das ist enorm wichtig.

Ich erinnere nur an die Brände in der Sächsischen Schweiz – hier wurde uns deutlich vor Augen geführt, welchen wertvollen Beitrag Polizeihubschrauber auch neben der täglichen Polizeiarbeit leisten. Die Anschaffung wird in erheblichem Maß unsere Leistungsfähigkeit stärken.

DP: Inwieweit orientiert sich aus Ihrer Sicht der Doppelhaushalt 2023/2024 an den Berichten der jeweiligen Fachkommission und auf welche Zielsollstärke der Polizei hätte sich die Staatsregierung aus Ihrer Sicht verständigen müssen?

Armin Schuster: Die Berichte der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei bieten uns eine klare Orientierung. Und an der Empfehlung der Fachkommission von rund 15.000 Beamtinnen und Beamten halten wir vorbehaltlich des nächsten Berichts unbeirrt fest. Betrachtet man die aktuelle Belastung, würde ich wieder die ursprüngliche Stärke der sächsischen Polizei mit knapp 15.300 Stellen anstreben. Die 518 neuen

Stellen im Doppelhaushalt 2023/2024 sind jedenfalls ein großer Schritt in diese Richtung. Damit verfügt die sächsische Polizei in 2024 über fast 14.600 Stellen.



Innenminister Armin Schuster



Quelle: Pixabay

DP: Was soll mit zusätzlich insgesamt sieben HH-Stellen im Tarifbereich im Doppelhaushalt gegenüber dem DHH 2022 erreicht werden?

Armin Schuster: Mit den sieben Projektstellen – die allesamt befristet sind – soll das BOS-Projekt zur Netzmodernisierung vorangetrieben beziehungsweise finanziert werden.

DP: Wie bzw. wann werden die „Bereiche“ Spezialisten, Service, Verwaltung personell gestärkt werden?

Armin Schuster: Für die personelle Stärkung dieser Bereiche habe ich mich eingesetzt und 234 neue Stellen für Verwaltung und Spezialisten im Doppelhaushalt 2023/2024 gefordert. Auch wenn wir diese Forderung nicht erreicht haben und zunächst mit der derzeitigen Besetzung weiterarbeiten, werde ich dazu im Gespräch bleiben und in den nächsten Haushaltsverhandlungen erneut diskutieren. Hierfür bedarf es auch der Bestätigung der 234 Stellen für Verwaltung und Spezialisten im nächs-

ten Bericht der Fachkommission zur Evaluierung der sächsischen Polizei.

DP: Welche wertschätzenden Maßnahmen sind mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes aus Ihrer Sicht verbunden und für welche Maßnahmen werden Sie sich in den nächsten zwei Jahren als verantwortlicher Minister mit welchem Ziel einsetzen?

Armin Schuster: Die guten Haushaltsverhandlungen sprechen für sich. Mit mehr Personal stärken und entlasten wir die Kolleginnen und Kollegen, halten finanzielle Mittel für die Ausstattung bereit – und verbessern so letztlich ihre Arbeitsbedingungen. Wir zeigen damit, dass wir die Bedürfnisse und Defizite sehen, ernst nehmen und anpacken.

Konkret bedeutet das, dass wir die Nachwuchsgewinnung sichern. Hierfür stehen ausreichend Mittel bereit.

Auch im Bereich Bau und Sanierung unserer Liegenschaften setzen wir einen weiteren Schwerpunkt. Wir brauchen Polizeireviere mit zeitgemäßen Arbeitsbedingungen

und mehr moderne Raumschießanlagen wie in Schneeberg. Nur so bleibt die Polizei nach innen und außen attraktiv.

Dazu gehören auch die Modernisierung und die Anpassung der Studien- und Ausbildungsinhalte bei der PolFH und den Polizeifachschulen. Hier müssen wir am Zahn der Zeit bleiben. Die Einsatzlagen sind nicht mehr vergleichbar mit den Erfahrungen, die ich als Bundespolizist gemacht habe. Zudem gibt es neue Kriminalitätsschwerpunkte. Klar, dass sich damit auch die Anforderungen an den Polizeiberuf ändern.

Bei all der Belastung – und die Polizei Sachsen gehört in den vergangenen Jahren eindeutig zu einer der am stärksten belasteten Polizei bundesweit – steht die Gesundheit an oberster Stelle. Psychische und physische Fitness sind überhaupt erst die Basis für gute Polizeiarbeit. Deshalb war es mir in den Haushaltsverhandlungen wichtig, dass in ausreichendem Maße Mittel für das behördliche Gesundheitsmanagement bereitgestellt werden. Damit können wir z. B. Workshops und Gesundheitsangebote garantieren. ■

Ein Kommentar von Hagen Husgen

Wie unterschiedlich doch die Herangehensweise und die Einschätzung sein können – zu ein und derselben Sache, wohl gemerkt.

Doch dass sich das Privileg eines Politikers, sich die Welt schönzureden, so rapide von der realen Betrachtungsweise der Protagonisten unterscheidet, überrascht schon.

Zu den hoch gepriesenen 518 Stellen für Topausgebildete steht auf Seite 179 des Doppelhaushaltes, dass damit nicht mehr und nicht weniger als „die Übernahme der Anwärter nach der Ausbildung sichergestellt“ wird. Was wäre mit ihnen passiert, wenn man nicht diese „grandiose Idee“ gehabt hätte?

Kein Wort zur Anerkennung der Empfehlungen der Fachkommission oder zur Notwendigkeit eines Personalzuwachses. Entweder sind diese als Büroversehen unter den Tisch gefallen und weggekehrt worden oder sie werden wissentlich ignoriert.

Ja, die 518 Stellen sind und bleiben nur die Erfüllung der Vorgabe aus dem Haushalt 2021/2022, und das kann und muss man ja

wohl verlangen können. Muss man? Eigentlich nicht ...

Die CDU hat auch vergessen, dass ihr Landesvorstand am 12. März 2022 „10 Punkte für ein sicheres Sachsen“ beschlossen hat, wonach der „Maßstab für die Stenausstattung der Polizei der jeweils aktuelle Bericht der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaats Sachsen sein“ soll. Darin heißt es sogar weiter: „Wir werden daher den Einstellungskorridor in die Polizeiausbildung in Höhe von 600 Anwärterinnen und Anwärtern in den Jahren 2023 und 2024 fortschreiben.“ Habe ich da was verpasst?

Mitnichten. Alles nur Makulatur, Gerede und leere Worte. Mit dem Verlangen ist es eben so eine Sache. Aus meiner Sicht sollte man sich Bemerkungen über gute Haushaltsverhandlungen verkneifen. Vielleicht sollte man ehrlich sagen, dass sie zäh, erschreckend und am Ende nicht zufriedenstellend waren. Das nehmen wir Ihnen eher ab, Herr Minister. Mit Verlaub, ich weiß, dass Sie mehr wollten, als Ihnen (und uns) zuge-

standen wird. Doch wo endet das Schönreden und wo beginnt die Auseinandersetzung mit der Realität?

Der Doppelhaushalt 2023/2024 kann nur als Unfall bezeichnet werden, für die Innere Sicherheit als Frontal-Crash, der von der Politik hingenommen wird. Jetzt heißt es: in die Hände spucken und 2025/2026 alle Wunden heilen. Sie sind es unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig. ■



Hagen Husgen

Foto: GdP/Sachsen



AUSWAHLTEAM

Die beste Werbung für den Polizeiberuf seid ihr!

Uwe Kleine

Habt ihr mal darüber nachgedacht, mit wem ihr später zusammen Dienst verrichten wollt? Vielleicht mit einem guten Freund oder einer guten Freundin?

In den Zeiten, in der die Bewerbenden für den Polizeiberuf immer jünger werden und den Einstieg in die Polizei zunehmend direkt nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schulen suchen, gewinnt der Einfluss von Freunden und Familie auf die Berufswahl weiter an Bedeutung. Schon jetzt geben über 50 Prozent der neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen an, dass sie von Freunden und Familie auf den Polizeiberuf aufmerksam gemacht wurden und sich deshalb beworben haben.

Im letzten Jahr hat die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), die seit März 2022 für die Bergergewinnung und -auswahl zuständig ist, neue Formate für die Bergergewinnung aufgelegt.



Zu den „Tagen der offenen Schulen“ am Campus Bautzen und den Polizeifachschulen Chemnitz, Leipzig und Schneeberg kamen ca. 5.000 Interessierte und informierten sich über den Studien- und Ausbildungsalltag, das Leben rund um die Standorte und natürlich auch über das Bewerbungs- und Auswahlverfahren. Mit großer Begeisterung standen die Studierenden, Auszubildenden

und natürlich auch das Stammpersonal an den Standorten als Gesprächspartner für die Gäste bereit.

Das Trendence Institut befragt jährlich 25.000 Schülerinnen und Schüler nach ihren Berufswünschen. Mit fast 12 Prozent steht die Polizei als Top-Arbeitgeber unangefochten auf Platz 1.

Schaut man auf die Absolventenzahlen der allgemeinbildenden Schulen in Sach-

Rang 2022	Top-Arbeitgeber	% 2022
1	Polizei	11,9%
2	Bundeswehr	11,6%
3	adidas	6,9%
4	Porsche	6,5%
5	BMW Group	5,9%
5	Deutsches Rotes Kreuz	5,9%
7	Thalia	5,3%
8	AUDI AG	5,1%
9	Tesla	5,0%
10	Charité	4,9%

sen, so müssten sich für die Einstellungen im Jahr 2024 alleine aus dieser Zielgruppe fast 4.000 junge Menschen bei der Polizei bewerben.

Die beste Werbung für den Polizeiberuf seid ihr! Sprecht Freunde und Familie an. Zeigt ihnen die Polizei Sachsen. Am 12. Januar 2023 ist am Campus Rothenburg die nächste Gelegenheit, mit Studierenden ins Gespräch zu kommen. Zum bundesweiten Hochschulinformationstag öffnet auch die



Fotos: GfP Sachsen (5)

Hochschule der Sächsischen Polizei ihre Türen. Natürlich stehen die Berufsberater in den Polizeidirektionen und das Auswahlteam als Ansprechpartner zur Verfügung. ■

Redaktionsschluss

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe Januar 2023, war der 2. Dezember 2022, für die Ausgabe Februar 2023 ist es der 30. Dezember 2022 und für März 2023 ist es der 27. Januar 2023.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel/Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion



Quelle: Pixabay

SENIOREN

Senioren der Gruppe Dresden Ost besuchen die Werkfeuerwehr Flughafen Dresden

Roland Mickan

Nach der Begrüßung durch den Besucherdienst und dem Sicherheitscheck fuhren wir im Vorfeldbus über dieses zur Werksfeuerwehr. Hier wurden wir bereits von einem verantwortlichen Kameraden der Feuerwehr erwartet. Durch diesen erhielten wir einen umfassenden Einblick in den Aufgabenbereich der Flughafenfeuerwehr/Werksfeuerwehr. Also Flughafenbrandschutz – Gebäudebrandschutz und Unterstützung für Fluggäste mit körperlicher Behinderung damit diese auch gefahrlos ins und vom Flugzeug gelangen zum Beispiel mit Rollstuhl oder gebrochenem Bein in einer Schiene. In der Fahrzeughalle haben wir die vielen verschiedenen Einsatzfahrzeuge und deren technischen Daten erklärt bekommen.

Auch dass der Flugbetrieb des gesamten Flughafens von der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr abhängig ist. So kann auch ein Löschfahrzeug, welches wir von der Stadt auch kennen, von Angestellten des Flughafens, welche Kameraden bei städtischen freiwilligen Feuerwehren sind, besetzt werden. Aber auch, dass Einsatzkräfte von der Alarmierung an nur drei Minuten

Zeit bis zu jedem Ort auf dem Flugplatz haben, um mit Rettungsmaßnahmen zu beginnen. Im Anschluss konnten wir eines der drei Flugfeldlöschfahrzeuge Panter der Firma Rosenbauer bei einer Vorführung bestaunen. Der 1.200 PS starke Motor ermöglicht, dass das Fahrzeug mit bis zu 140 km/h zum Einsatzort gelangt. Hier können die mitgeführten 12.500 Liter Wasser oder 1.500 Liter Schaum zum Einsatz kommen. Anschließend fuhren wir wieder mit einem Vorfeldbus zurück, wo wir noch viel Interessantes zum Flughafen erfuhren. Für diesen gelungenen Tag können wir uns nur beim Besucherdienst des Flughafens und vor allem bei dem Kameraden der Feuerwehr bedanken, welcher uns diesen beeindruckenden Besuch gestaltete. Wir hatten bei der monatlichen Besichtigung wieder viel Neues erfahren und gemeinsam mit den Ehepartnern einen schönen Tag. ■



Foto: Roland Mickan

LESERBRIEF

Quo vadis, Germania?

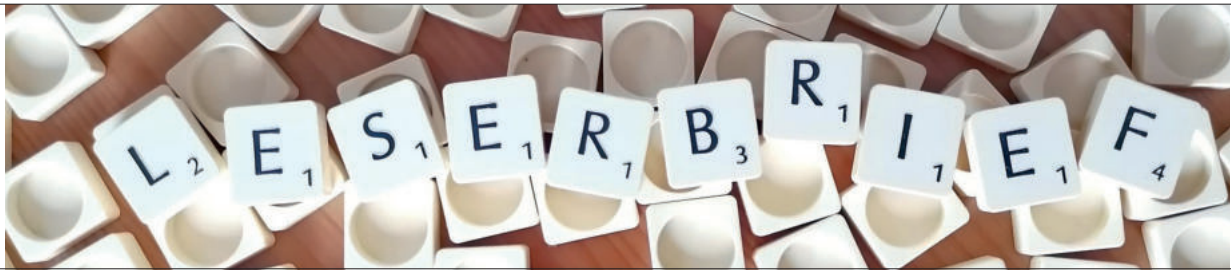
Attila Dorkó

(Autor des historischen Romans „Rot und Grau“, Kartenmaterial unter www.Rot-und-Grau.de)

Quo vadis, Germania? Wohin gehst du, Deutschland? Deutschland ist eines der wohlhabendsten Länder der Erde. Seit Jahren läuft der Wirtschaftsmotor auf Hochtouren, welchen ein Großteil der Bevölkerung für selbstverständlich hält. Doch entgegen der Geschichte des Landes beispielsweise Wohlstandsniveaus jagt eine Krisenstimmung die andere: die Euro- und Finanzkrise, die Flüchtlings- und nun die Coronakrise. Zur Letztgenannten wird sich in diabolischer Weise die Energiekrise hinzugesellen, von der Rezession ganz zu schweigen. Doch etwas hat sich seit der Coronakrise geändert. Das Land ist gespalten in Geimpfte und Ungeimpfte. Auch wenn Bundeskanzler Olaf

Scholz „keine Spaltung der Gesellschaft sehen kann und er ein Kanzler aller sein wolle“, verkennt er die Realität. Über Wochen gewann das Demonstrationsgeschehen auf den Straßen und Plätzen in den Städten, ja selbst auf den Dörfern an Dynamik. Und die Ansage selbigen Kanzlers, „unter seiner Regierung werde es keine roten Linien geben“, gab selbstverständlich Anlass zu weiteren und größeren Demonstrationen. „Die Geimpften werden die Ungeimpften schon disziplinieren“, rief der CDU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus. Anders Frank Ullrich Montgomery, der von einer „Tyrannei der Ungeimpften“ sprach oder, wenn ein Gericht die 2-G-Regel für verfassungswidrig hält, sie als „kleine Richterlein“ beschimpft. Oder der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer von den Grünen, der die Ungeimpften in „Beugehaft“ nehmen will, also eine den Willen brechende Haft! Die Entrechtungsphantasien schienen keine Grenze mehr zu kennen. „Kostenbeteiligung Unge-

impfter an Krankenhausleistungen im Falle einer Coronainfektion“ wurde gefordert. „Die Ungeimpften werden uns in eine Katastrophe führen“, liefen die Kanäle heiß. Ein Bielefelder Professor der Rechte, Franz C. Meyer, forderte sogar, den „Impfverweigerern den Krankenversicherungsschutz zu entziehen, zusammen mit empfindlichen Bußgeldern“. Auch die Entgleisung der Kabarettistin Sarah Bosetti, welche die Ungeimpften mit einem Blinddarm vergleicht: „Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich so etwas Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essenziell für das Überleben des Gesamtkomplexes“, so ganz unverblümt in ihrer Sendung „Bosetti will reden“. Auch die Maxime des bayerischen Ministerpräsidenten Söder „Impfen schafft Freiheit“ lässt aufhorchen. Und das „Signal an die Geimpften“ durch den NRW-Ministerpräsidenten Wüst in der Sendung „Anne Will“: „Sinn und Zweck ist, dass wir den Menschen, die sich impfen lassen, signalisieren können: Jetzt sind die anderen dran, die sich bisher geweigert haben“, forderte



Quelle: Pixabay

er gebetsmühlenartig. Es schien, als hätte man mit den Ungeimpften „etwas vor“. Sie sollten Rechtlose, von der Gesellschaft Ausgestoßene, nicht mehr Teil der „Solidargemeinschaft“ sein. Es wurden grundlegende Rechtsnormen unserer Gesellschaft gebrochen, es fehlte noch, dass einer der Akteure ein „Lager für Ungeimpfte“ fordert, weil es das „gesunde Volksempfinden“ gebiete. Wir waren mittlerweile an einem Punkt angekommen, wo ein politischer Meinungsdiskurs nicht mehr stattfindet. Die Bundesregierung und die Demonstranten, sich selbst „Spaziergänger“ nennend, gehen von völlig unterschiedlichen, nicht mehr vermittelbaren Wegen in die Zukunft. Nur für den naiven, den oberflächlichen Blick ist das Geschehen noch eine politische Auseinandersetzung von altem Schlage. Nur wer wacher und kälter schaut, entdeckt einen geistigen und ideologischen Weltanschauungskampf jenseits des Pandemiegeschehens. Die traditionelle SPD war noch beim und mit dem Volk, bemühte sich um die Abgehängten, die Arbeiter in den Fabriken und die Schwachen. Sie kannte den Zusammenhang von National- und Sozialstaat, verspielt aber zusehends das Vertrauen, indem sie sich für den von Pfizer und Doc Morris finanzierten Parteitag bedankt. Ist er doch nicht ein Kanzler für das Volk oder doch eher ein Pharmedebloyist? Und die Außenministerin Annalena Baerbock, die gefühlt jede Woche mit einem neuen Lebenslauf aufwartete, und der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, der „mit Deutschland nichts anzufangen weiß“, dienen nicht gerade zum Vertrauensaufbau.

Ein Gesundheitsminister, dessen einzige Aufgabe darin besteht, Angst und Schrecken zu verbreiten, sorgt für das notwendige Chaos und die um sich greifende Verunsicherung. „Es wird niemand gegen seinen Willen geimpft, selbst die Impfpflicht führt dazu, dass man sich zum Schluss freiwillig impfen lässt“, unkt Karl Lauterbach. Alle Parteien der jetzigen Ampelkoalition waren während des Wahlkampfes geschlossen gegen eine Impfpflicht. Nunmehr an der Macht sollte es „keine roten Linien“ und eine Impfpflicht für die Pflegekräfte geben. Über eine allgemeine Impfpflicht wurde ebenfalls nachgedacht. Alles was vor der Wahl versprochen wurde, war schnell wieder hinfällig, Wahlversprechen wurden eindrucksvoll gebrochen. Soll die Zukunft nur noch aus

„Bremsen und Boostern“ bestehen, die zu keinem Ende kommen wird? Der doppelt Geimpfte wird zum Ungeimpften und der nicht nach drei Monaten Geboosterte wird dann wieder zum Ungeimpften und so weiter und so fort. Sollte das die Impfstrategie der Bundesregierung zur Immunisierung der Gesellschaft sein? Es scheint, dass wir uns in einer Übergangsphase hin zu einer Postdemokratie befinden. In den modernen Staaten gibt



Foto: Attila Dörkó

es nur die repräsentative Demokratie mit gewissen plebiszitären Elementen, indem sich aber die politischen Eliten längst vom Volk abgekoppelt haben. Darin sehen nun viele Menschen eine Gefahr für die Demokratie, andere hingegen im Populismus derjenigen, die gegen diese Abkopplung in Opposition treten. Da nicht alle gleichzeitig regieren können und es immer widerstreitende Interessen gibt, besteht das Hauptproblem darin, die Macht zu delegieren, andererseits für die notwendige Rückkopplung zu sorgen. Unser Konzept von Demokratie geht auf die Antike zurück, während der Liberalismus der Aufklärung entstammt und die individuelle Freiheit des Denkens und Handelns betont, soweit sie anderen nicht schadet. Was beides verbindet ist der Parlamentarismus: Er ist ein liberales Modell, denn es ist in der Lage, widerstreitende Interessen, sofern die Anliegen der Opposition ernst genommen werden, zum Ausgleich

zu bringen. Es ist demokratisch, als es für eine Repräsentation des Volkes sorgen soll. Doch die Demokratie und Freiheit nehmen seit Beginn der Pandemie immer weiter ab. Die Situation wird zusätzlich verschärft, wenn die parteipolitischen Eliten und die Massenmedien sich als Hüter der Demokratie und als tolerant betrachten, aber diejenigen, die gegen eine Impfpflicht und für mehr Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, als Populisten, Covidioten, Querdenker bezeichnen. In den Reihen der Demonstranten sind dem Präsidenten des Verfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, „Staatsfeinde“ aufgefallen, „die nicht eindeutig den bisherigen Kategorien wie Links- oder Rechtsextremismus zuzuordnen sind“. Das ideologische Narrativ hält noch stand, aber es beginnt zu bröckeln. Dieser „Maßnahmenstaat hygienischer Ausprägung“, so will ich ihn benennen, orientiert sich zusehends an der situativ-politischen Zweckmäßigkeit. Entscheidungen ergehen nach „Lage der Sache“. Eine Impfung, deren Zulassung in so kurzer Frist auf politischen Druck durchgesetzt wurde, wirft Fragen auf. In der Medizingeschichte gab es schon oft Impfstoffe und Medikamente, welche viele Jahre ein Genehmigungsverfahren durchlaufen haben, aber dennoch wegen „Impfversagens“, nun „Impfdurchbrüche“ vom Markt genommen wurden. Und das will man bei den Coronaimpfstoffen a priori ausschließen? Es schien, dass die Impfung zur neuen Religion erhoben wurde, wer sich auflehnt, ein Ketzler ist, dem der inquisitorische Prozess gemacht werden muss. Meinungen für oder wider sind zur Glaubensfrage geworden. Eine Meinungsfreiheit wird nicht mehr gewünscht; gewünscht ist nur, wer die vorgegebene Meinung teilt oder mitmacht. Ist nicht die Demokratie die Basis für die Würde des Menschen und das Recht, selber zu denken, das Recht auf eigene Meinung und diese ausdrücklich geltend zu machen und sich gegen das Eindringen in seine Psyche und vor psychischem und physischem Zwang zu schützen? Daher sollte eine Demokratie jederzeit persönliche und kollektive Selbstkritik aushalten, sie als politisches Korrektiv betrachten. Eine Spaltung in eine erschöpfte und verunsicherte Mehrheit und Widerstand leistende Minderheit zeigt auch, wie heikel die Angelegenheit geworden ist, weil sie den Umgang zwischen der Mehrheit und Minderheit vor Augen führt. ■



Quelle: Pixabay

Lohnt sich der Einsatz von Suchtkrankenhelfern?

Kerstin Weber

Missbrauch oder Abhängigkeit von Alkohol, Tabak oder anderen psychotropen Substanzen (legale oder illegale Substanzen, Medikamente und dergleichen), aber auch Verhaltenssuchte wie Glücksspiel, exzessiver Gebrauch von Computer und Internet oder auch das weite Feld der Essstörungen sind – auch wenn es die Betroffenen meist vor sich selbst verleugnen – Erkrankungen, die einer Behandlung bedürfen. In der Regel gehen mit den gesundheitlichen Störungen oder Erkrankungen auch dramatische persönliche Schicksale einher. Ein immer kleinerer Freundeskreis, Trennungen im familiären Bereich bis hin zum totalen Verlust sozialer Kontakte, Verlust des Führerscheins, damit eine schlechtere Mobilität sowie große wirtschaftliche Engpässe oder sogar Verluste können die Folge sein.

Aber auch für den Arbeitgeber oder Dienstherrn sind Folgen spürbar, weil diese Kollegen häufiger krankheitsbedingt ausfallen, weniger leistungsfähig sind oder häufiger Fehler machen. Rechnen Sie doch einmal selbst.

Das sind „nur“ die Kosten durch die alkoholbedingten Krankheitstage. Und wir

Suchtprävention rechnet sich
I. Rechnen Sie selbst:
Kosten durch alkoholbedingte Krankheitstage in Ihrem Unternehmen

(A)	x	0,05	=	(B)
Anzahl der Beschäftigten Arbeitnehmer in Ihrem Unternehmen.		Multiplizieren Sie mit 5%. Das ist der Mindestanteil von Alkoholkranken in jedem Unternehmen.		Anzahl der beschäftigten Alkoholkranken
(C)	x	30	=	(D)
Ergebnis von (B)		Multiplizieren Sie mit 30. Dies ist die durchschnittliche Anzahl der alkoholbedingten Krankheitstage von Alkoholkranken.		Summe der alkoholbedingten Krankentage in Ihrem Unternehmen.
(E)	x	208 €	=	(F)
Ergebnis von (D)		Multiplizieren Sie mit 208. Die durchschnittlichen Lohnkosten für einen Arbeitnehmer betragen ca. 208 € pro Tag.		Das ist die Summe ihres jährlichen Verlustes allein durch alkoholbedingte Krankentage.

rechnen hier „nur“ mit 5 Prozent der Beschäftigten und „nur“ mit 30 Krankentagen.

Mit diesen Zahlen orientieren wir uns an den Angaben der Deutschen Hauptstelle für Suchtgefahren. Andere Studien gehen von 53 bis 63 alkoholbedingten Krankheitstagen bei nicht behandelten Alkoholkrankheiten und bis zu 10 Prozent der Beschäftigten, die alkoholabhängig sind, aus.

Hinzu kommen Kosten für die alkoholbedingten Minderleistungen wegen:

- Unpünktlichkeit,
- starker Leistungsschwankungen,
- Fehlern bei der Arbeit,
- Arbeitsunfällen und Schäden an Arbeitsmitteln,
- Unzuverlässigkeit,
- Übernahme der Arbeit durch Kolleg*innen usw.

Diese kann man mit der folgenden Berechnung noch addieren.

Suchtprävention rechnet sich
II. Rechnen Sie selbst:
Kosten durch alkoholbedingte Minderleistung in Ihrem Unternehmen

(A)	x	0,05	=	(B)
Anzahl der Beschäftigten Arbeitnehmer in Ihrem Unternehmen.		Multiplizieren Sie mit 5%. Das ist der Mindestanteil von Alkoholkranken in jedem Unternehmen.		Anzahl der beschäftigten Alkoholkranken
(C)	x	49.920 €	=	(D)
Ergebnis von (B)		Multiplizieren Sie mit 49.920. (208,- € / Tag x 20 Tage / Monat x 12 Monate). Durchschnittliche Jahreslohnkosten für einen Beschäftigten		Durchschnittliche Jahreslohnkosten aller Alkoholkranken in Ihrem Unternehmen.
(E)	x	0,25	=	(F)
Ergebnis von (D)		Multiplizieren Sie mit 25%. Dies ist die durchschnittliche Minderleistung.		Summe der Kosten durch alkoholbedingte Minderleistung in Ihrem Unternehmen.

Fotos:PSU (2)

Sie glauben die Zahlen sind zu hoch? Sicherlich nicht, denn in dieser Berechnung fehlen:

- die ca. 10 Prozent Alkoholgefährdeten, die zum Teil schon selbst Kosten verursachen,
- die Kolleginnen und Kollegen, die andere Suchterkrankungen haben,
- die Kosten für Entgiftung und Langzeittherapie.

Außerdem

Eine Alkoholabhängigkeit entwickelt sich schleichend für den Betroffenen selbst und vor allem für sein Umfeld. Sicher fällt dem einen oder anderen schon mal etwas auf, aber wer schaut der Realität schon gern ins Auge? Oft wird es also viele Jahre dauern, bevor das Problem fassbar ist – meist sind es ca. zehn Jahre. Bezogen auf unser Rechenbeispiel würde dies bedeuten, das Ergebnis nochmals zu multiplizieren.

Die Lösung?

Die derzeit fast 50 Suchtkrankenhelfer der sächsischen Polizei können:

- Vorgesetzte und Kollegen über das Thema umfassend aufklären und informieren,
- vorbeugend tätig werden,
- den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zur Seite stehen, sie begleiten und unterstützen,
- die Nachsorge absichern und Rückfälle vermeiden helfen.

Wenn man deren 20 Prozent Arbeitszeit, die sie nebenamtlich für ihre Tätigkeit verwenden dürfen, und teilweise auch schon zehn Jahre oder länger leisten, den oben beschriebenen Rechnungen entgegengesetzt und dabei auch Kosten für Fortbildung, Vernetzung, Fachtagungen und Ähnliches einrechnet, dann kosten sie jährlich etwa 10 Prozent von dem, was die betroffenen Kollegen an Kosten verursachen – dabei sind Kosten für die Behandlung (Entgiftung und Langzeittherapie, Wiedereingliederung usw.) unberücksichtigt.

Zugegeben, nicht alle Kollegen schaffen es, auf Dauer trocken zu bleiben und dem Dienstherrn wieder mit voller Kraft zur Verfügung zu stehen. Wenn es uns allerdings gelingt, wenigstens einigen wieder die Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann haben wir viel erreicht und der Einsatz hat sich gelohnt.



Quelle: Pixabay

Und wenn wir einen Ausblick in die nahe Zukunft wagen wollen, dann werden wir wohl mit steigenden Kosten rechnen müssen. Eine Entwöhnungsbehandlung vom Alkohol dauert in der Regel 12 bis 16 Wochen. Bei einer Entwöhnung von Cannabis kann die Behandlung bis zu 26 Wochen dauern.

Schlussfolgerung

Suchtkrankenhelfer durchlaufen ein Auswahlverfahren und werden in ihrer dreiwöchigen Ausbildung gut auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Sie bilden sich laufend fort und sind damit in der Lage, angemessen auf die der-

zeitigen Erfordernisse und künftige Herausforderungen zu reagieren. Sie nutzen der Organisation, weil sie dazu beitragen, Kosten zu minimieren und Personal zu erhalten. Sie übernehmen in diesem Bereich die psychosoziale Unterstützung betroffener Kollegen und erfüllen damit einen Teil der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. ■

SENIOREN

Seniorengruppe der Bereitschaftspolizei

Rolf Höno

Vor über sechs Jahren erfolgte der Beschluss, am Dienort Leipzig eine Seniorengruppe zu bilden, da hier die meisten Beschäftigten im nötigen Alter waren.

Wir begannen mit acht Mitgliedern und haben uns bis zum heutigen Tag auf 24 Rentner und Pensionäre vergrößert. Mittlerweile wurden auch in Dresden und Chemnitz Seniorengruppen ins Leben gerufen. Derzeit hat man dort elf und sieben Mitglieder. Zusammen hat die Bereitschaftspolizei also über 40 aktive Pensionäre und Rentner, die sich informieren, austauschen und Veranstaltungen unternehmen.

Eure Ansprechpartner in den Dienstorten sind in Dresden Knut Hähnel, in Leipzig Rolf Höno und in Chemnitz Dietmar Scheiter. Die Erreichbarkeiten findet ihr auf der GdP-Internetseite der Bereitschaftspolizei.

Wenn ihr Fragen oder Probleme habt, wendet euch an uns. Wir haben immer ein offenes Ohr. Besonders freuen wir uns über eure Ideen, um zusammen Veranstaltungen durchführen zu können.

In Leipzig veranstalten wir jedes Jahr regelmäßige Treffen und Tagesausfahrten. In erster Linie steht der Informationsaustausch über aktuelle Probleme wie Beihilfe im Mittelpunkt. Aber auch die aktuelle dienstliche Situation ist ständiger Teil des Austauschs.

Seit Gründung der Seniorengruppe haben wir schon viel unternommen. 2019 eine Kahnfahrt im Spreewald, 2021 waren wir bowlen und beim Hoffest dabei. 2020 wurde sich wegen Corona nur telefonisch ausgetauscht.

In diesem Jahr ging es mit einem Busunternehmen in Richtung Potsdam. Von Ketzin aus machten wir bei schönstem Wetter mit der MS Harmonie eine vierstündige Havelrundfahrt auf acht Seen bis Potsdam und

zurück. Der Kapitän zeigte uns während der Fahrt interessante und historische Sehenswürdigkeiten, unter anderem das kleine Schloss in Babelsberg, die bekannte Glienicke Brücke und den Cecilien Hof. Auf der Fahrt gab es genügend Zeit, bei Essen und Getränken sich zu unterhalten.

Im Anschluss ging es per Bus in Richtung Leipzig mit einem Stopp auf dem Spargelerlebnishof Klaistow. Dort gab es jede Menge an Kürbissen in vielfältigen Sorten und Größen. Am frühen Abend trafen wir wieder in Leipzig ein und alle waren mit dem Tag sehr zufrieden.

So viel aus der Seniorengruppe der Bereitschaftspolizei in Leipzig. Ich freue mich, demnächst auch aus den Seniorengruppen Dresden und Chemnitz der Bereitschaftspolizei ähnliche Berichte über ihre Aktivitäten zu lesen. ■



Fotos: Rolf Höno (2)

DP – Deutsche Polizei
Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-11
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfütznern (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



INFO-DREI

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei in ...

... Thüringen

Der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Landespolizeidirektion besteht aus den Bereichen interne und externe Öffentlichkeitsarbeit sowie Social Media. Er richtet sich an verschiedene Zielgruppen, wie Vorgesetzte und Kollegen in der eignen Behörde oder Medienvertreter. Im Bereich der internen Öffentlichkeitsarbeit liegen vorrangig die Betreuung des „Polizei-Intranets“ sowie die Lokalredaktion für die Landespolizeidirektion und ihre nachgeordneten Bereiche. Weiter zählen die Planung und Durchführung von Veranstaltungen, Termine und Anlässen wie Beförderungsveranstaltungen, Dienstjubiläen, Neubeschaffungen, Verbeamtungen, Ruhestand sowie die tägliche Medienauswertung zu den Aufgaben. Hinzu kommt die Mitwirkung in der Dienst- und Fachaufsicht sowie entsprechende erforderliche Zuarbeiten zur Haushaltsplanung, Aufgaben im Führungsstab in der BAO und die Erstellung von internen Anschreiben der Behördenleitung. Im externen Öffentlichkeitsbereich ist der Auftritt der Thüringer Polizei im Internet unter www.thueringen.de mit der Bereitstellung von Informationen für die Medien und die Platzierung eigener Meldungen sowie die Herstellung und Verbreitung von Medienerzeugnisse Hauptaufgabe. Weitere Schwerpunkte beinhalten die Beantwortung von Presseanfragen sowie die Vorbereitung von Pressegesprächen und -konferenzen sowie sonstige öffentlichkeitswirksame Auftritte der Behördenleitung in Abstimmung mit dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales. In den nachgeordneten Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei sind Sachbearbeiter Öffentlichkeitsarbeit und Presse (ÖA/P) tätig. Sie nehmen alle Aufgaben in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich wahr. Die Koordinierung und fachliche Anleitung der ÖA/P erfolgen durch den Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit der LPD. Seit 2022 gibt es ein Online-Nachrichtenjournal, welches die gedruckte Ausgabe „Polizei in Thüringen“ (PIT) abgelöst hat.

Monika Pape

... Sachsen

Seit einer Umstrukturierung zum September 2020 sind die Stabsstellen Kommunikation der Polizeidirektionen sowie der Zentraldienststellen für die jeweilige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Die Teams sind je nach Aufgabenspektrum unterschiedlich groß und bündeln alle Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit. Wesentlichen Schwerpunkt bildet die Medienarbeit. Die tägliche Erstellung von Medieninformationen, die Beantwortung von Anfragen und die Medienbetreuung bei Terminen oder Einsatzlagen sind die Hauptaufgaben. Die Stabsstellen der Zentraldienststellen fertigen Medieninformationen oftmals anlassbezogen. Zudem erfolgt täglich eine Medienauswertung.

Daneben organisieren die Stabsstellen auch die interne Öffentlichkeitsarbeit vorrangig über die Intranetseiten der Dienststellen. Darüber hinaus fallen auch nahezu alle weiteren Kommunikationsaufgaben in die Zuständigkeit der Stabsstellen. Die Beantwortung von Bürgeranliegen, die Bearbeitung von Beschwerden als auch die Zuarbeit zu parlamentarischen Anfragen erfolgt durch sie. Auch die Nachwuchswerbung und die Koordination der internationalen Zusammenarbeit sind in den Stabsstellen angebunden. Gleichzeitig koordinieren und organisieren die Stabsstellen interne und öffentliche Veranstaltungen der Dienststellen.

Die polizeilichen Social-Media-Kanäle (Facebook, Instagram und Twitter) werden in Sachsen zentral durch das Social-Media-Team betreut, welches beim Referat Kommunikation im Staatsministerium des Innern angesiedelt ist. Dies erfolgt in engem Austausch und mit Unterstützung durch die Online-Redakteure in den Dienststellen. Größere Einsatzmaßnahmen werden in den sozialen Medien ebenso gemeinsam begleitet. Die Landeswebredaktion im Innenministerium ist für die Gestaltung der Internetseiten der sächsischen Polizei zuständig, wobei auch hier die Dienststellen unterstützen.

Jana Ulbricht

... Sachsen-Anhalt

Das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist zentraler Anlaufpunkt für Anfragen, die sich aus der Ressortzuständigkeit des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt ergeben. Mit fünf Bediensteten (u. a. Pressesprecherin und Redaktion Landesportal/Social Media) steuert das Referat sämtliche Anfragen.

Pressemeldungen gehen per E-Mail an den internen Presseverteiler des Ministeriums und werden zeitgleich auf der hauseigenen Website veröffentlicht. Die einzelnen Pressestellen auf der Ebene der Polizeireviere tragen Meldungen zusammen, die auf den Twitter-Kanälen der Polizeiinspektionen (Stendal, Magdeburg, Halle [Saale], Dessau-Roßlau) und der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt veröffentlicht und an die regionale Presse weitergegeben werden. Diese beinhalten tägliche Informationen über die polizeiliche Lage und Einsätze bis hin zur Unterstützung der Kriminalpolizei bei Öffentlichkeitsfahndungen. Ebenso unterhält die Polizeiinspektion Zentrale Dienste und das Landeskriminalamt hausinterne Pressestellen.

Neben den Twitter-Kanälen ist die Landespolizei auch auf Facebook und Instagram vertreten. Während über Facebook ausschließlich die Nachwuchskampagne (Podcast, Messstände, Berufsinformationen u. v. m.) läuft, wird bei Instagram auch über allgemeine Themen berichtet. So werden Bürgerinnen und Bürger u. a. über aktuelle Warnungen (z. B. Trickdiebstähle, SMS- bzw. Whatsapp-Fallen, Einzeltricks) aufklärt oder über verschiedenste Einsatzbereiche der Landespolizei informiert (z. B. Besuch bei der Hubschrauberstaffel, bei der Wasserschutzpolizei, Vorstellung neuer E-Bikes und Fahrzeuge, Mitnahme bei Geschwindigkeitsmessungen oder Fahrzeugkontrollen bei Pkws und Lkws).

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Landespolizei Sachsen-Anhalt alle ihr zur Verfügung stehenden Kanäle nutzt, um eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen.

Martin Gaudig